

COVID-19 und soziale Ungleichheit – Thesen und Befunde

Autoren

Claudia Diehl

Felix Wolter

Raus aus dem Lockdown? Warum es manchen zu schnell und anderen nicht schnell genug geht

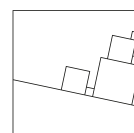
Abstract

Vertrauen ist wichtiger als Eigeninteresse: Das zeigt eine Online-Befragung, die wir von April bis Mai 2020 unter knapp 4800 Teilnehmenden durchgeführt haben. Die Haltung zur Lockerung pandemiebedingter Beschränkungen wird weniger dadurch bestimmt, ob jemand daraus wirtschaftliche oder familiäre Folgen für sich selbst oder die Gesellschaft befürchtet. Vielmehr bringen wahrgenommene Grundrechtseinschränkungen die Befragten dazu, Lockerungen zu fordern. Befragte aus dem Osten Deutschlands und solche, die ohnehin ein geringes Vertrauen in staatliche Institutionen haben, sehen die Eindämmungsmaßnahmen besonders kritisch. Bei der Lockerungsdiskussion geht es also weniger um unterschiedlich starke individuelle Betroffenheit als um das Vertrauen in staatliche Institutionen.



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“

→ [www.progressives-zentrum.org/
covid-19-und-soziale-ungleichheit](http://www.progressives-zentrum.org/covid-19-und-soziale-ungleichheit)



Einleitung

Sollten Clubs zum Ende des pandemiebedingten (teilweisen) „Lockdowns“ öffnen, Festivals und andere Kulturveranstaltungen wieder stattfinden – und wenn ja, wann? Die Verteilung von Antworten auf solche Fragen verläuft entlang bekannter politischer Konfliktlinien. Dies mag erstaunen, geht es doch zunächst einmal um einen medizinisch-wissenschaftlichen Sachverhalt, der eigentlich vom politischen Tagesgeschäft abgekoppelt sein sollte. Befragungen wie der Deutschlandtrend der ARD zeigen deutliche Akzente bei den AnhängerInnen der im Bundestag vertretenen Parteien: Mitte Mai 2020 sprachen sich nur 37 Prozent der AnhängerInnen von AfD und von FDP, aber 74 Prozent der SPD-AnhängerInnen für eine Beibehaltung der Eindämmungsmaßnahmen aus. Die Einstellungen zu epidemiologisch begründeten Kontaktverboten und anderen Einschränkungen sind also nicht zufällig über die Bevölkerung verteilt: Sie spiegeln vorhandene politische Präferenzen in der Gesellschaft wider.

Dabei ist der Zusammenhang mit Parteipräferenzen zwar besonders augenscheinlich, wird aber kaum die einzige Regelmäßigkeit in den Einstellungen zu Lockerungsmaßnahmen darstellen. In diesem Policy Paper gehen wir der Frage nach, wer für oder gegen frühe Lockerungsmaßnahmen plädiert und warum. Aus der Forschungsperspektive am Konstanzer Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ geht es dabei auch um eine zentrale allgemeine Frage: Hängen politische Einstellungen von objektiver Ungleichheit oder Betroffenheit ab – oder von weitgehend davon entkoppelten ideologischen Überzeugungen? Wie wir ausführen werden, ist dies entscheidend für die Frage, wie die Unterstützung für bestimmte politische Maßnahmen erhöht werden könnte.

Drei Erklärungen: Eigeninteresse, wahrgenommene gesellschaftliche Bedrohungen und politische Einstellungen

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive bieten sich drei mögliche Erklärungen für unterschiedliche Einstellungen zu Lockerungen an: Erstens ist es denkbar, dass sie eine unterschiedlich starke persönliche Betroffenheit widerspiegeln. Das könnte etwa eine besondere gesundheitliche Gefährdung durch Vorerkrankungen sein, oder massive ökonomische Einbußen aufgrund der Einschränkungsmaßnahmen. Wer persönliche finanzielle, womöglich existenzbedrohende Nachteile durch die Eindämmungsmaßnahmen befürchten muss, mag besonders entschieden für baldige Lockerungen eintreten.

Allerdings ist aus der Forschung zu anderen Einstellungsbereichen – etwa bei der Erklärung von Einstellungen zu Zuwanderung – bekannt, dass persönliche Betroffenheit oft erstaunlich wenig Erklärungspotenzial besitzt.¹ Wichtiger scheint vielmehr zu sein, ob eine gesellschaftliche Bedrohung wahrgenommen wird. Diese Unterscheidung zwischen individuellen und gesellschaftlichen („soziotropischen“) Bedrohungsgefühlen spielt möglicherweise auch bei der Diskussion um Eindämmungsmaßnahmen in der Corona-Pandemie eine Rolle. Anders als die persönliche Betroffenheit von einer politischen Maßnahme hängt die wahrgenommene gesellschaftliche Bedrohung weniger von persönlichen Erfahrungen ab als von der Einbettung in gesellschaftliche Diskurse.²

¹ Quillian, Lincoln (1995): Prejudice as a Response to Perceived Group Threat: Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe. *American Sociological Review*, 60 (4), 586-611.

² Blumer, Herbert (1958): Race Prejudice as a Sense of Group Position. *The Pacific Sociological Review*, 1(1), S. 3-7.

Zur Umfrage

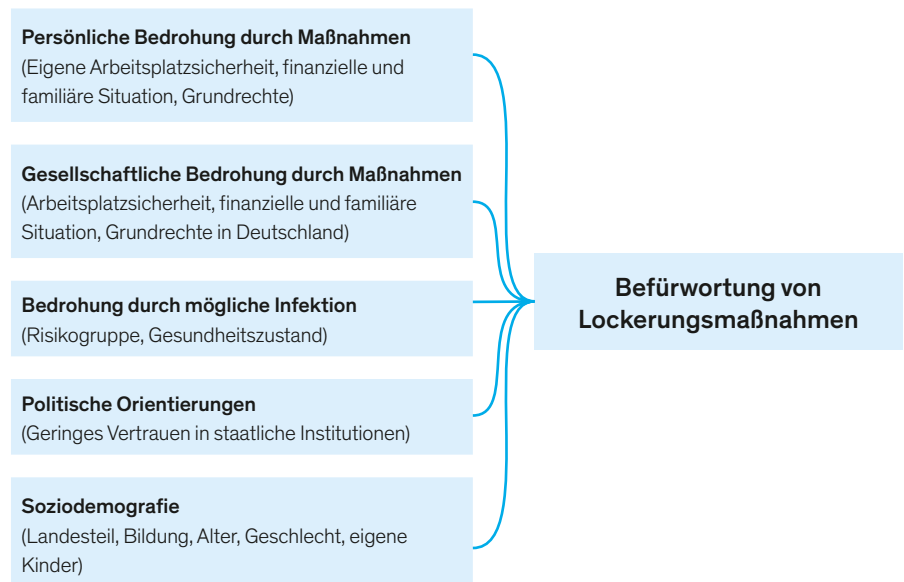
In diesem Papier legen wir Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung des Konstanzer Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ vor, die von Ende April bis Anfang Mai 2020 unter 4800 Befragten durchgeführt wurde. Mehr Informationen über das Umfragen-Programm des Exzellenzclusters finden sich unter: ungleichheit.uni.kn/forschung/covid-19-und-soziale-ungleichheit-umfrage-programm/

Schließlich können auch unabhängig von individuellen Erfahrungen und Wahrnehmungen allgemeinere politische Einstellungen eine Rolle spielen. Eindämmungsmaßnahmen werden eben nicht von VirologInnen und EpidemiologInnen, sondern vom Staat ergriffen. Und wer dem Staat generell nicht traut oder der Ansicht ist, er solle den BürgerInnen möglichst wenig Einschränkungen auferlegen, möchte sich von ihm wahrscheinlich auch den Besuch von Clubs oder Festivals nicht verbieten lassen.

Schließlich ist zu vermuten, dass auch unabhängig von den bislang beschriebenen Zusammenhängen bestimmte soziodemografische Subgruppen eher Lockerungen fordern: So könnte eine Rolle spielen, dass Frauen generell etwas risikoaverser sind als Männer,³ oder dass höher Gebildete eine stärkere Affinität zur Wissenschaft und damit zu wissenschaftlich begründeten Maßnahmen haben. Auch zwischen Ost- und Westdeutschen könnte es aufgrund der unterschiedlichen historischen Erfahrungen mit staatlich verordneten „Zwangmaßnahmen“ Einstellungsunterschiede geben. Wir vermuten daher, dass die Einstellungen zu Lockerungsmaßnahmen vor allem auf fünf Einflussfaktoren beruhen, die in Abbildung 1 zusammenfassend dargestellt sind.

Abbildung 1:

Bedrohungsgefühle, Vertrauen in staatliche Institutionen und demografische Merkmale: Was beeinflusst Einstellungen zu Lockerungsmaßnahmen?

**Wer ruft am lautesten nach Lockerungen?**

Zunächst stellt sich hier die Frage, ob sich zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der Lockerungsmaßnahmen überhaupt so klar trennen lässt. Zwar wurde in Erhebungen wie dem Deutschlandtrend pauschal gefragt, wer an Einschränkungen und Schließungen festhalten möchte und wer nicht. Aber bei der Öffnung von Schulen, Landesgrenzen und Fitnessstudios handelt es sich doch um recht unterschiedliche Sachverhalte. Dieser Unterschied sollte vor allem dann deutlich zu Tage treten, wenn Eigeninteresse für die Einstellung zu Lockerungen ausschlaggebend ist. Eltern beispielsweise sollten vor allem Schulöffnungen befürworten, aber nicht unbedingt auch die Öffnung von Gaststätten. Gibt es überhaupt so etwas wie generelle „LockerungsgegnerInnen“ oder „LockerungsbefürworterInnen“? Und wer ist für und gegen Lockerungen in bestimmten Bereichen?

³ Vgl. Hartog, J., Ferrer-i-Carbonell, A. & Jonker, N. (2002): Linking Measured Risk Aversion to Individual Characteristics. *Kyklos*, 55(1), 3–26.

Wir haben rund 4.800 Personen nach ihren Einstellungen zu Lockerungen in verschiedenen Bereichen gefragt (siehe Info-Kasten „Zur Umfrage“ – Seite 3).

Für die Schließung von Kitas, Schulen, Gaststätten und Grenzen innerhalb Europas, für die Absage von Großveranstaltungen sowie für die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen wurde anhand einer 10-Punkte-Skala jeweils erhoben, ob nach Ansicht der Befragten die entsprechende Maßnahme „sofort“ aufgehoben werden sollte (1) oder „erst dann, wenn es einen Impfstoff oder eine Behandlungsmöglichkeit gibt“ (10).

Am meisten Unterstützung für sofortige Lockerungen findet sich bei der Frage nach der Öffnung von Schulen (Mittelwert 6,3 auf der Skala von 1 bis 10). Eine vergleichbare durchschnittliche Zustimmung gibt es für die Lockerung der Kita- und Gaststättenschließungen und der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen (Mittelwerte von 5,9 bis 6,1). Unwesentlich niedriger ist die mittlere Befürwortung der Aufhebung der Grenzschießungen innerhalb Europas (Mittelwert 5,7). Am wenigsten Zustimmung gibt es für das Zulassen von Großveranstaltungen wie Festen und Sportveranstaltungen (Mittelwert 4,0). Bei Letzteren findet eine Mehrheit der Befragten (rund 68 Prozent), sie sollten erst wieder stattfinden, wenn es einen Impfstoff beziehungsweise eine Behandlungsmöglichkeit gibt. Nur 39 Prozent denken dies, wenn es um die Aufhebung der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen geht. Insgesamt korrelieren alle Bereiche deutlich positiv untereinander – anders ausgedrückt: Wer in einem Bereich für Lockerungen votiert, tut das mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in anderen Bereichen.

Aus welchen Gründen werden Lockerungsmaßnahmen gefordert?

Um herauszufinden, warum jemand für beziehungsweise gegen Lockerungen ist, haben wir weiter gefragt, für wie bedrohlich die Befragten die Auswirkungen der Maßnahmen in vier Bereichen einschätzen: Arbeitsplatzsicherheit, finanzielle Situation, familiäre Situation und Grundrechte. Diese Bereiche haben wir jeweils einmal in Bezug auf die eigene Situation abgefragt und einmal in Bezug auf die Situation in Deutschland insgesamt (Abbildung 2 – Seite 5).

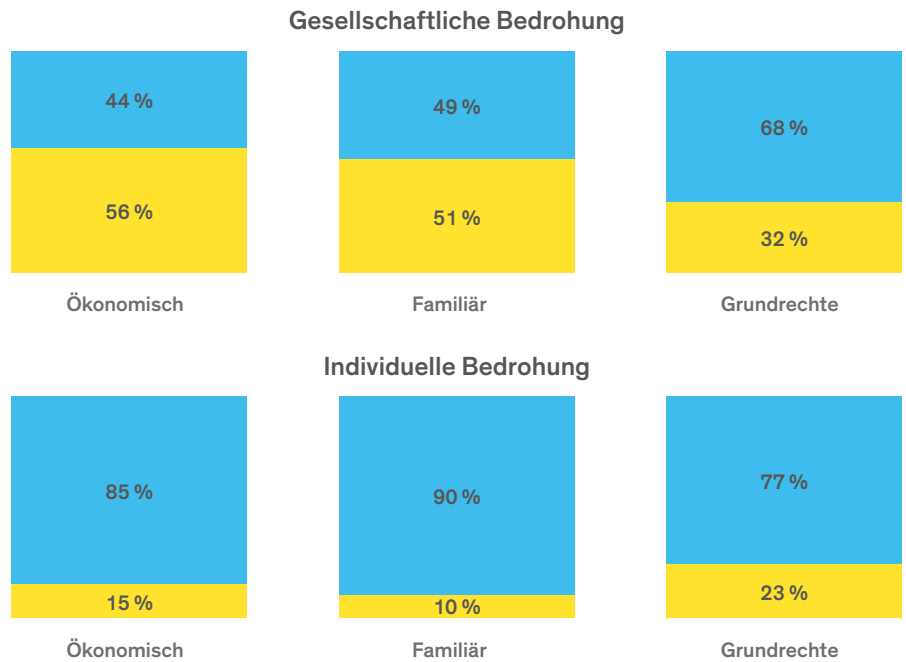
Es zeigt sich, dass die Befragten die Folgen der Maßnahmen für die Gesellschaft insgesamt als weitaus gravierender einschätzen als für sich selbst. Lediglich 10 Prozent fühlen sich durch die Eindämmungsmaßnahmen im Bereich des Familienlebens persönlich bedroht, 15 Prozent ökonomisch (durch Arbeitsplatzverlust oder finanzielle Schwierigkeiten) und rund 23 Prozent in ihren eigenen Grundrechten.

Die entsprechenden Werte für die wahrgenommene gesellschaftliche Bedrohung sind für die Bereiche Familie (51 Prozent) und Wirtschaft (56 Prozent) deutlich höher. Bei den Grundrechten (32 Prozent) ist dieser Unterschied weniger ausgeprägt; das ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass diese Art der Bedrohung auch auf individueller Ebene viel „subjektiver“ ist als die Frage nach dem „objektivierbaren“ Sachverhalt, ob jemand durch die Eindämmungsmaßnahmen in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Dadurch ist diese Einschätzung nicht unabhängig von der Bewertung der Maßnahmen selbst.

Abbildung 2:

Wahrgenommene individuelle und gesellschaftliche Bedrohung durch Eindämmungsmaßnahmen

- (eher) nicht bedrohlich
- eher/sehr bedrohlich



Wir haben weiter gefragt, wer insgesamt eher für beziehungsweise eher gegen sofortige Lockerungen ist. Dabei wurden die unterschiedlichen Einflussfaktoren gleichzeitig analysiert, um Scheinkorrelationen zu vermeiden. Beispielsweise muss bei der Bewertung des Faktors „Alter“ für die Ablehnung von Lockerungen berücksichtigt werden, dass Ältere häufiger RisikopatientInnen sind und sich eventuell schon deswegen häufiger gegen Lockerungen aussprechen.

Abbildung 3:

Wer fordert Lockerungsmaßnahmen und warum?

Dargestellt ist die Bedeutung verschiedener Einflussfaktoren für die Befürwortung von Lockerungen pandemiebedingter Maßnahmen, auf einer Werteskala von 1 bis 10.

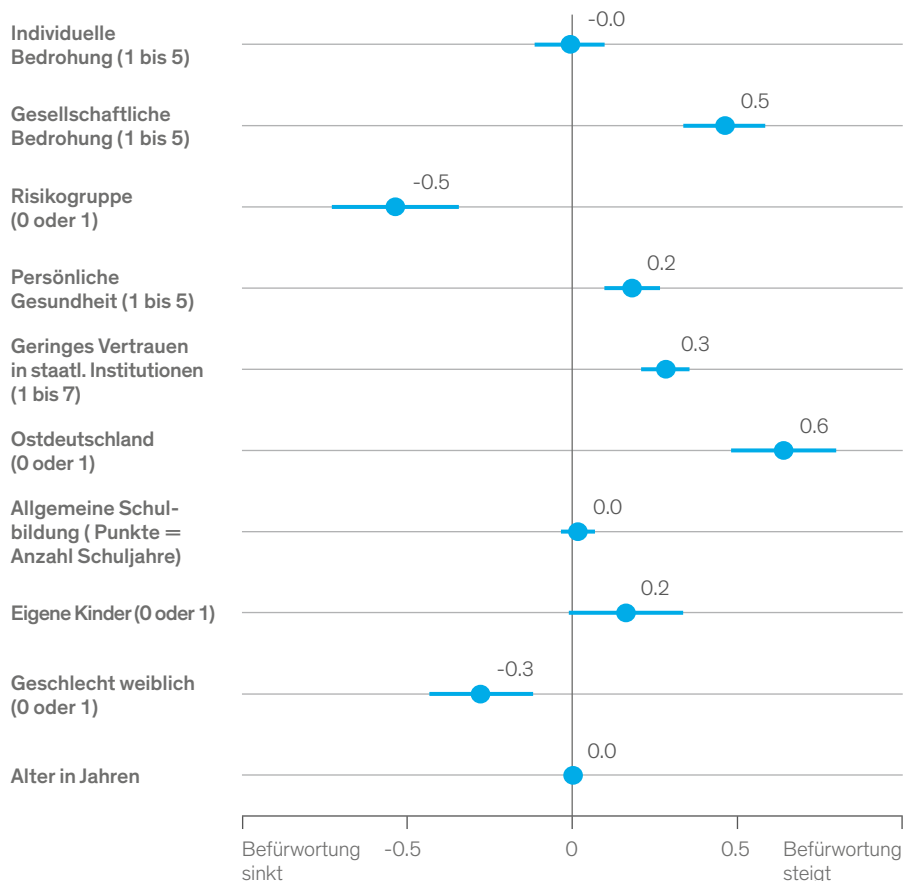
Die Veränderung eines einzelnen Einflussfaktors um 1 Punkt (Bereiche der Einflussfaktoren in Klammern) verschiebt die Befürwortung von Lockerungen im Durchschnitt um den dargestellten Skalenswert.

Beispiel:

Bei Befragten, die ihren Vertrauensmangel in staatliche Institutionen mit „2“ Punkten angeben, liegt die durchschnittliche Zustimmung zu Lockerungen im Skalenswert um 0.3 höher als bei solchen, die ihren Vertrauensmangel in staatliche Institutionen mit „1“ Punkt angeben.

Der horizontale Balken stellt den statistischen Unsicherheitsbereich dar.

Effekt auf Befürwortung für Lockerungen



Die Analyse der Einflussfaktoren zeigt zunächst einmal keinen Zusammenhang zwischen der Forderung nach Lockerungen und der wahrgenommenen Bedrohung der eigenen finanziellen, familiären und rechtlichen Situation. Wer allerdings die gesellschaftlichen Folgen der Eindämmungsmaßnahmen für bedrohlich hält, fordert eher sofortige Lockerungen. Umgekehrt sind vor allem diejenigen Befragten, die etwa aufgrund von Vorerkrankungen zu einer Risikogruppe gehören, gegen Lockerungen, während eine gute Gesundheit mit einer Befürwortung von Lockerungen einhergeht.

Außerdem beeinflusst das Vertrauen in staatliche Institutionen die Einstellungen zu Lockerungsmaßnahmen: Befragte, die staatlichen Institutionen wie Regierung, Bundestag, Parteien, Gesundheitssystem, Polizei und Wissenschaft generell wenig Vertrauen entgegenbringen, sind eher für frühzeitige Lockerungen.

Ostdeutsche fordern sehr viel häufiger Lockerungen als Westdeutsche. Dieser Befund beruht offenbar nicht unbedingt auf Erfahrungen mit Freiheitseinschränkungen während der DDR-Diktatur, denn es gibt in der Beurteilung der Grenzschließungen keine Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Der große Unterschied zwischen Ost und West liegt auch nicht primär an den geringeren Infektionszahlen in Ostdeutschland (die umfangreichen Analysen zu diesem Komplex können hier leider nicht näher ausgeführt werden).

Die Einstellungen unterscheiden sich unter Berücksichtigung der anderen Faktoren nicht nach Bildungsniveau oder Alter. Allerdings befürworten Befragte mit Kindern Lockerungen tendenziell eher; Frauen lehnen sie eher ab.

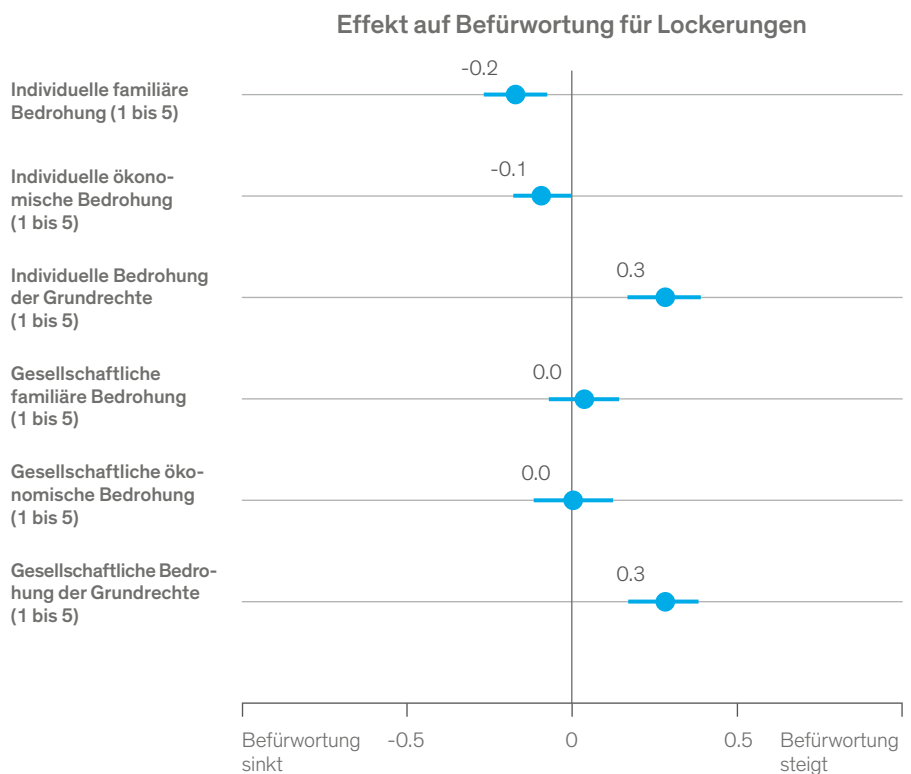
Abschließend analysieren wir, ob das Ausmaß der wahrgenommenen individuellen oder gesellschaftlichen Bedrohung durch die unterschiedlichen Eindämmungsmaßnahmen je nach Bereich (ökonomisch, familiär oder rechtlich) unterschiedlich stark mit Forderungen nach Lockerungen einhergeht (Abbildung 4).

Abbildung 4:

Bedrohungswahrnehmung nach Bereich: Individuelle und gesamtgesellschaftliche Bedrohungen durch Eindämmungsmaßnahmen

Dargestellt ist die Bedeutung verschiedener Einflussfaktoren für die Befürwortung von Lockerungen pandemiebedingter Maßnahmen, auf einer Skala von 1 bis 10.

Hinweise zum Verständnis der Grafik entnehmen Sie bitte der Erläuterung von Abb. 3.



Hier zeigt sich ein klares und erstaunliches Bild: Familiäre oder ökonomische Bedrohungsgefühle, gleich ob für die eigene Person oder für Deutschland insgesamt, haben kaum einen Einfluss auf die Einstellung zu Lockerungen.

Die Bedrohung von Grundrechten dagegen ist ein entscheidender Faktor: Wenn die Betroffenen diese bei sich selbst oder in der Gesellschaft gefährdet sehen, unterstützen sie frühe Lockerungen deutlich häufiger.

Schlussfolgerungen: Vertrauen in den Staat ist wichtiger als Eigeninteresse

Das wohl wichtigste Ergebnis unserer Studie: Wirtschaftliche oder familiäre Folgen der Eindämmungsmaßnahmen spielen für die Einschätzung ihrer Angemessenheit kaum eine Rolle. Ein unmittelbares Eigeninteresse ist nur für den Unterschied zwischen Risikogruppen und Gesunden ausschlaggebend: Erstere lehnen Lockerungen von Eindämmungsmaßnahmen meist ab, Letztere befürworten sie eher. Wer in den Maßnahmen aber eine Grundrechtseinschränkung für sich und die Gesellschaft sieht, ist für Lockerungen. Auch Befragte, die aus dem Osten Deutschlands kommen oder ein geringes Vertrauen in staatliche Institutionen haben, treten für Lockerungen ein. Merkmale wie Bildung oder Alter spielen dann keine Rolle mehr.⁴

In diesem Sinne spiegelt sich in der Diskussion um Lockerungen nur bedingt eine unterschiedlich starke individuelle Betroffenheit. Es geht vielmehr um das Ausmaß des Vertrauens in staatliche Institutionen. Um diesen Umstand zu verstehen, hilft es, sich zu vergegenwärtigen, worum es bei den Maßnahmen eigentlich geht: Hier werden medizinisch begründete, weitreichende Eingriffe in die persönliche Freiheit mit dem Ziel vorgenommen, die Ausbreitung eines bedrohlichen Virus zu verhindern. Die meisten BürgerInnen akzeptieren diese Einschränkungen, wenngleich unterschiedlich bereitwillig. Diese Akzeptanz setzt Vertrauen in den Staat voraus. Einschränkungen individueller Freiheiten werden offenbar besonders von denjenigen als schmerzhaft empfunden, die dem Staat distanziert gegenüberstehen. Darauf deutet auch hin, dass die gleichen Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen von verschiedenen Befragten als sehr unterschiedlich bedrohlich wahrgenommen wurden.

Unser Befund weist über die Studie hinaus und erlaubt Rückschlüsse auf die Durchsetzbarkeit anderer Maßnahmen, die einem kollektiven Ziel dienen: Man denke etwa an Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels, an Tempolimits zur weiteren Reduktion der Unfallzahlen oder an Fahrverbote gegen die innerstädtische Feinstaubbelastung. Trotz eines breiten wissenschaftlichen Konsenses darüber, dass sich durch entsprechende Maßnahmen Gefahren abwenden ließen, hat ein Teil der Bevölkerung Vorbehalte, diese mitzutragen. Auch wenn die individuellen Kosten einer Maßnahme gering sind, erhöht das die Unterstützung in der Breite womöglich nur geringfügig. Denn es geht weniger um die eigene Betroffenheit als um die Ablehnung staatlicher Eingriffe als solcher.

Derzeit wird viel über die Ursachen gesellschaftlicher Polarisierung diskutiert. Unsere Befunde können als ein Ausblick auf eine ihrer möglichen Folgen gesehen werden: Polarisierung erschwert kollektive Anstrengungen zur Abwendung geteilter gesellschaftlicher Bedrohungen.

⁴ Auch die Parteiidentifikation spielt nur eine geringe Rolle, wie hier nicht dargestellte Analysen zeigen.

Handlungsempfehlungen

1. Die Aufklärung über die entsprechenden Ursache-Wirkung-Zusammenhänge ist zentral. Ohne die Berichte über die Situation in norditalienischen Krankenhäusern hätten die drastischen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus wohl weniger Akzeptanz gefunden. Allerdings ist es offensichtlicher, eine Überlastung von Krankenhäusern einer Pandemie zuzuschreiben als lokales Extremwetter dem Klimawandel, Unfalltote dem hohen Fahrtempo oder Atemwegs-erkrankungen der innerstädtischen Luftverschmutzung. Aufklärung über die Wirkungsmechanismen scheint umso wichtiger, je weniger offensichtlich solche Ursache-Wirkung-Zusammenhänge sind.
2. Die Politik hat es selbst in der Hand, die Akzeptanz ihrer Maßnahmen zu erhöhen. Denn Akzeptanzprobleme sind nicht so sehr auf die Maßnahmen selbst und ihre Folgen, sondern mehr auf mangelndes Vertrauen in staatliches Handeln allgemein zurückzuführen. Maßnahmen müssen dafür aber das Resultat transparenter und möglichst breit getragener demokratischer Entscheidungsprozesse und zudem wissenschaftlich fundiert sein. Diese Faktoren wirken im besten Falle sogar dann akzeptanzsteigernd, wenn Staat, Parlament und ExpertInnen selbst nur ein geringes Vertrauen genießen.
3. Eine klare Krisenkommunikation ist entscheidend. Sie muss etwa vermitteln, warum manche Kompetenzen in den Händen der Bundesregierung liegen, andere dagegen Ländersache sind. Oder dass auf lokal unterschiedliche Infektionszahlen sinnvollerweise auch mit lokal geltenden Maßnahmen reagiert wird. Ansonsten kann der Eindruck entstehen, es sei eine Willkürentscheidung, ob man ein Musikfestival besuchen darf oder nicht. Eine bisweilen ungeschickte Krisenkommunikation hat möglicherweise mit dazu beigetragen, dass solche Fragen zum Politikum wurden. Auch hier ist Transparenz oberstes Gebot.

AutorInnen



Claudia Diehl

Claudia Diehl ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Eingliederungsprozesse von Zuwanderern, der internationalen Migration, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Sie ist Mitglied in mehreren politikberatenden Expertengremien.



Felix Wolter

Felix Wolter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe für Mikrosoziologie von Claudia Diehl und Mitglied des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Quantitativen Methoden empirischer Sozialforschung, der sozialen Ungleichheit sowie der Sozialstruktur und Arbeitsmarktsoziologie.

University of Konstanz
Cluster of Excellence
The Politics of Inequality

Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand:
Marius R. Busemeyer, Claudia Diehl,
Nils Weidmann
Geschäftsführung: Jessica Haase

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck
oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten des Progressiven Zentrums
auch in Auszügen ist nur mit vor-
heriger schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Cluster of Excellence
„The Politics of Inequality, Perceptions,
Participation and Policies“ und
Das Progressive Zentrum e.V.

Das Progressive Zentrum e.V.

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3
10577 Berlin
T+49 30 400 542 55
mail@progressiveszentrum.org

Vorstand:
Michael Miebach, Judith Siller,
Katarina Niewiedzial, Thomas Kralinski
Geschäftsführung:
Dominic Schwickert

Bilder
Ines Njers

Gestaltung & Layout
yella park



Weitere Policy Papers des Clusters
The Politics of Inequality
→ [www.progressives-zentrum.org/
covid-19-und-soziale-ungleichheit](http://www.progressives-zentrum.org/covid-19-und-soziale-ungleichheit)

Imprint

The Politics of Inequality Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populisten, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– inequality.uni.kn  [@EXCInequality](https://twitter.com/EXCInequality)

Gefördert durch:

 Deutsche
Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/1–390681379

Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver AkteurInnen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

– progressives-zentrum.org  [@DPZ_Berlin](https://twitter.com/DPZ_Berlin)

 [@dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)